

# SAAR

## RÖCHLING-WERKE

### Ich habe die Ehre

Wenn Frankreichs Außenminister Antoine Pinay diese Woche mit Bundeskanzler Adenauer zusammentrifft, wird er über zwei Punkte mit gebundenen Händen verhandeln müssen. Vor seiner Abreise umriß Monsieur Pinay, süffisant lächelnd, noch einmal diese beiden Hauptprobleme\*, die er vor der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für das Pariser Vertragswerk regeln will:

„Das erste betrifft die französisch-saarländische Zollunion. Das Protokoll ist unterzeichnet. Ich erwarte keine größeren Schwierigkeiten. Nur die Ausarbeitung der Texte selbst ist heikel und erfordert einige Zeit. Das zweite Problem betrifft die Röchling-Affäre. Hierüber muß ich im Augenblick größte Zurückhaltung wahren.“

In Mannheim wartet nun eine Delegation der 73köpfigen Familie Röchling auf ein dringendes Zeichen des Monsieur Pinay.

Schon vor Ostern wollte der französische Außenminister eine Expertise schicken, die im einzelnen aufzeigen soll, warum die französische Regierung 70 Prozent der Anteile an den seit 1945 unter Sequester stehenden und jährlich 865 000 Tonnen Rohstahl ausstoßenden Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken im saarländischen Völklingen für Frankreich beansprucht. Die französische Erklärung will der Aktions-Ausschuß der Röchling-Familie (die über sämtliche Gesellschaftsanteile der mit 36 Millionen Mark Nominalkapital ausgestatteten Völklinger Hütte verfügt) mit einer Gegendarstellung beantworten und nachweisen, daß Frankreichs Beteiligungsansprüche zunächst einmal gleich Null seien.

Indessen konstruierte Antoine Pinay ein neues Junktim zwischen der Hinterlegung der Pariser Vertragsurkunden und einer für Frankreich günstigen Lösung der Röchling-Frage. Er lieferte damit einen neuen Beweis dafür, was von schriftlichen Abmachungen der Regierungen in Bonn und Paris zu halten ist.

Mit dem üblichen „Ich habe die Ehre“ hatte Bundeskanzler Adenauer am 23. Oktober 1954, dem Tage der Unterzeichnung des Saarstatuts, den Empfang eines Briefes des früheren französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France bestätigt, in dem der damalige Pariser Regierungschef den Kanzler — so als sei er den deutschen Wünschen weitgehend gefolgt — wissen ließ:

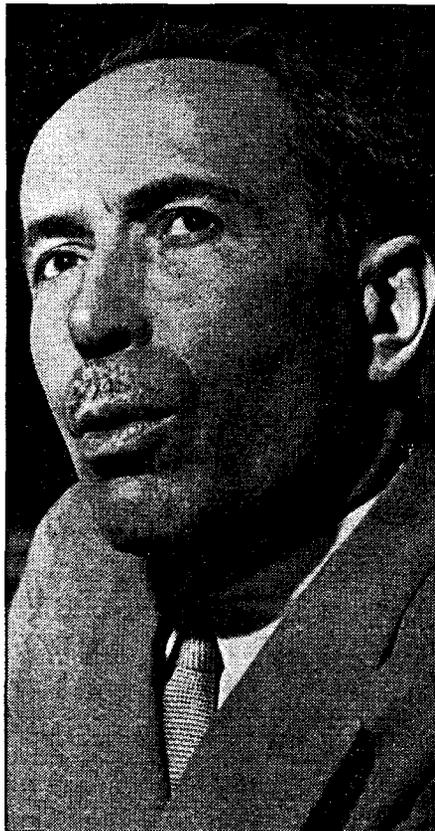
„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die an der Saar noch bestehenden Sequester vor der Volksabstimmung über das europäische Statut der Saar liquidiert werden.“

Sogar die saarländische Regierung Hoffmann rätselte inzwischen daran herum, wofür Konrad Adenauer sich daraufhin bei seinem Kollegen Mendès eigentlich bedankt hat. Denn die von Paris zugesagte Aufhebung der Sequester-Verwaltung bedeutet für die größte Hütte des Saargebietes nichts anderes, als daß die französische Regierung aus einem Provisorium, das schon als solches immer auf deutschen Widerstand stieß, jetzt einen

\* Als weniger dringliche wirtschaftliche Gesprächsthemen werden genannt: der europäische Waffenpool, der Bau des Moselkanals, eventuelle französische Investitionen in der deutschen chemischen und elektrotechnischen Industrie und umgekehrt deutsche Kapitalanlagen in der französischen Kautschuk- und Kunststoffindustrie.

Dauerzustand machen will. Die Familie Röchling soll nicht an die Saar zurückkehren, Frankreich, das dem Bundeskanzler im Oktober in Paris scheinbar entgegenkam, will die „Bastion Röchling“ für immer an der Saar ausschalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, führte die französische Regierung zunächst alte Reparationsforderungen ins Feld, deren Seriosität in den letzten Jahren auch bei Frankreichs einstigen Alliierten viel von ihrem Glanz verloren hat. Am Anfang stand die Feststellung der französischen „Beratenden Kommission für Kriegsschäden und Reparationen“, nach der Frankreich durch Krieg und deutsche Besetzung Schäden in Höhe von 1,6 Billionen Francs (Kurswert 1938) erlitten habe. Nach heutigem Kurswert wären das rd. 40 Billionen Francs oder rd. 470 Milliarden Mark.



Außenminister Pinay  
Zwei Gesprächspunkte für Adenauer

Da solche Summen zu phantastisch waren, um jemals von den Deutschen bezahlt werden zu können, richteten die Alliierten nach dem Kriege in Brüssel eine „Interalliierte Reparations-Agentur“ (IARA) ein, die Westdeutschlands Reparationsgüter fortan nach vorher in Potsdam und Paris vereinbarten Grundsätzen an die einzelnen Siegermächte verteilte. Für jedes Empfängerland wurde in Brüssel je ein Konto A (Allgemeine Reparationen) und ein Konto B (Industrielle Ausrüstungen und Schiffe) angelegt. Das Konto A wurde gewöhnlich bei Beschlagnahme deutscher Auslandsvermögen belastet, das Konto B in der Regel bei Demontagen auf deutschem Gebiet in Anspruch genommen.

Als Frankreich sich nun 1947 das Saargebiet einverleibte, stellten sich die übrigen Westalliierten in dem Standpunkt, daß sich dieses für Frankreich so lukrative Geschäft auch auf den französischen Reparationskonten in Brüssel auswirken müsse. Am 20. Februar 1948 kamen die

USA, England und Frankreich in Berlin überein, Frankreichs Anteil an den deutschen Reparationen — so hieß es später in einer Verlautbarung des US-Außenministeriums — „um den Wert der Nutzung der Saarwirtschaft zu kürzen“.

Das Protokoll der damaligen Berliner Verhandlungen sagt unter Abschnitt II: „Es ist vereinbart worden, den Gesamtbetrag, der mit Rücksicht auf die Trennung des Saargebietes von der deutschen Wirtschaft auf den französischen Reparationsanteil an Ausrüstungsgütern anzurechnen ist, nach den für die Bewertung von Reparationen geltenden Grundsätzen auf 70 Millionen Reichsmark (Wert 1938) festzusetzen.“

Auf Drängen Frankreichs, das sein Konto B (Demontagen) damals längst herunterdemontiert und überzogen hatte, verbuchte die Interalliierte Reparations-Agentur die 70 Millionen Reichsmark unter dem allgemeinen Konto A, das mit „industriellen Ausrüstungen“ ausdrücklich nichts zu tun hatte.

Obwohl die Franzosen mit dem Nutzen der Saarwirtschaft reich beschenkt waren, erklärten sie nach einiger Zeit auch noch eine Reihe von saarländischen Betrieben im Wert von insgesamt 46 Millionen Mark als „in das Eigentum des französischen Staates übergegangen“, davon Anlagen für 30 Millionen Mark bei den Röchlingschen Stahlwerken und Werte für 9,3 Millionen Mark bei den Neunkircher Eisenwerken in Neunkirchen und Homburg\*.

### Niemals Enteignung beschlossen

Bei der Übernahme der Einrichtungen stellten sich der Präsident der „Kommission für deutsche Reparationen“ beim französischen Finanzministerium und der Direktor der Abteilung „Reparationen und Restitutions“ bei der französischen Militärregierung im Saargebiet gegenseitig Empfangsquittungen aus.

Ein Exemplar der Empfangsbestätigung sandten sie großzügig an die Reparations-Agentur nach Brüssel, worauf der Generalsekretär der IARA, N. E. P. Sutton, der französischen Delegation in derselben Agentur prompt am 10. Februar 1949 nicht minder großzügig bestätigte:

... „Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß das Sekretariat eine von den französischen Besatzungsbehörden ausgestellte Empfangsbescheinigung ordnungsgemäß registriert hat. Diese Bescheinigung stellt ... den Übergang des Eigentums folgender Werke auf die französische Regierung fest: Nr. 204 71 Röchlingsche Eisenwerke Völklingen. Restwert 29 905 949,— RM.“

Damit hatten sich die Franzosen ein formales Dokument der Interalliierten Reparations-Agentur verschafft, in dem von der Übereignung der „beweglichen Werte“ der Röchling-Hütte die Rede war, die man — so gaben die Franzosen vor — ebenso zur Tilgung von Reparationsansprüchen hätte demontieren können. In Wirklichkeit hat die Reparations-Agentur aber niemals einen gültigen Enteignungsbeschuß zugunsten Frankreichs gefaßt.

Die französischen Behörden demonstrieren die von ihnen übernommenen Anlagen schon deshalb nicht, weil sie das Ergebnis der damals anstehenden saarländischen Landtagswahlen nicht beeinträchtigen wollten. Die Sequesterdirektion entschädigte sich dafür auf andere Weise: Sie entnahm dem Betrieb in den ersten Jahren der Zwangsverwaltung Barmittel in Höhe von 500 Millionen Francs. Als sie später eine weitere Milliarde Francs anforderte, war die Röchling-Kasse plötzlich

\* Die Aktien des Neunkircher Eisenwerks befinden sich zu 96,3 Prozent im Besitz der Familie von Stumm und der Firma Otto Wolff, Köln.

leer. Aus der unterlassenen Demontage der Werkseinrichtungen leitet die französische Regierung nun heute Eigentumsansprüche und ihre Forderung nach einer französischen Mehrheitsbeteiligung an den Röchlingwerken her. Sie bedient sich dabei noch eines weiteren Scheinarguments: Nach der Beschlagnahme der Werksanlagen — dazu gehörte das gesamte bewegliche und ein Teil des unbeweglichen Vermögens — hatte die französische Direktion bei der Inventur die einzelnen Betriebsanlagen nur mit 22 Prozent ihres Anschaffungswertes von 1938 bewertet. Für ältere Anlagen — darunter ganze Hochöfen — hatte sie nur einen Symbolwert von einer Mark eingesetzt. Heute wollen die Franzosen für den Fall der Aufhebung des Sequesters dieselben Betriebsanlagen mit ihrem realen Verkaufswert in Rechnung stellen.

zösischer Montagesellschaften unter Führung der als „Schneider-Creusot“ bekannten französischen Montan-Holding Schneider & Cie. 200 Millionen Schweizer Franken für die Völklinger Werke bot. Am Ende ihrer Geduld, gab die Familie Röchling der Bank eine Option für den Gesamtverkauf und verlängerte sie mehrmals. Die Franzosen ließen aber die Option verfallen, weil sie sich mit den Röchlings über die Frage der Reparationsgüter und der Aufhebung des Sequesters nicht einigen konnten.

Inzwischen hatte sich die hartnäckige Familie bei einer Stippvisite in Saarbrücken neuen Mut geholt. Dort hatte Ministerpräsident Johannes Hoffmann am 6. Oktober 1954 einer Familien-Delegation — mit Ernst Röchling, dem 65jährigen aktivsten Neffen des Seniorchefs Hermann Röchling, 82, an der Spitze — frank und frei erklärt:

Damals ahnte noch niemand, wieviel Mühe Frankreichs neuer Premier Edgar Faure eines Tages haben würde, die Pariser Verträge durch den Rat der Republik zu boxen. Prompt — unmittelbar vor Beginn der Senatsdebatte — ging der Röchling-Schuß in Paris los.

Er drang den Abgeordneten in Form eines mit „Albert Duquet“ gezeichneten Artikels in der offiziellen Zeitung „Le Monde“ vom 17. März direkt ins nationale Herz. Und alle Eingeweihten wollen wissen, daß sich hinter dem Pseudonym „Albert Duquet“ kein anderer als Frankreichs Saar-Botschafter Gilbert Grandval versteckte.

„Die Rückkehr der Röchlings an die Saar“, so stand dort zu lesen, „würde die Errichtung einer gefährlichen deutschen Bastion im Schoß sogar der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion bedeuten. Es wäre vielleicht besser, sofort auf diese Union zu verzichten, als sie von innen her unterminieren zu lassen. Die Kontrolle von Völklingen würde außerdem den Röchlings erlauben, Hand auf die saarländische Vertretung bei der Montanunion zu legen. Indem Frankreich für die Saar einen Sitz im Ministerrat und drei Sitze in der allgemeinen Versammlung erlangte, hätte es dann nichts anderes erreicht, als diese Stimmen Deutschland zu geben — und welchem Deutschland!“

„Hätten sie nur alles demontiert“

„Albert Duquet“ konnte mit der Wirkung seines Artikels zufrieden sein. Außenminister Pinay, der seine Felle davonschwimmen sah, griff verzweifelt zum letzten Mittel und ließ den Pariser Vertreter der Röchlings wissen, daß die Verträge den Senat nicht passieren würden, wenn er, Pinay, dem Senat keine „befriedigende Erklärung“ zur Röchling-Frage abgeben könne. Und wenig später holte ein französischer Kurier den Ernst Röchling (den ein französisches Gericht in Rastatt nach dem Kriege als Kriegsverbrecher gebrandmarkt hatte und der für Frankreich noch immer keine Aufenthaltsgenehmigung besaß) Hals über Kopf aus Mannheim nach Paris. Ehe er alles richtig begriff, saß Röchling in der Nacht zum 25. März am Quai d'Orsay mit dem französischen Außenminister am grünen Tisch.

„200 Millionen Schweizer Franken sind doch ein ganz ordentlicher Preis“, meinte Pinay anfangs und fand damit plötzlich ganz in Ordnung, was die französische Regierung noch im Herbst nicht hatte akzeptieren wollen. Röchling erwiderte: „Inzwischen hat sich vieles geändert. Wir haben an der Saar auch andere als materielle Interessen.“ Wenn ein Totalverkauf nicht mehr in Frage komme, meinte Pinay dann, so verlange Frankreich zumindest eine 70prozentige französische Beteiligung am Völklinger Werk. Als Röchling mit den Achseln zuckte, drohte Pinay schließlich mit einer „Gewaltlösung“. Ernst Röchling erbat sich eine Rücksprache im Familienrat und reiste nach Mannheim zurück. Wieder in Paris, präsentierte er Pinay das Röchlingsche „Non“. Jetzt wolle der Familienausschuß erst einmal die französische Expertise über die 70-Prozent-Rechnung kennenlernen.

Meint Ernst Röchling: „Hätten sie bei uns nach dem Krieg doch bloß alles demontiert! Wir hätten — genau wie die Leute an der Ruhr — dann alles wieder hingestellt!“ Und Röchlings kaufmännischer Direktor Albert Mayer fügt hinzu: „Es wird jetzt allerdings Zeit, daß die Bundesregierung Farbe bekennt und nicht immer nur erklärt, der Fall sei eine private Angelegenheit. Wir sind schon mehrere Male von Herrn Hoffmann und Monsieur Pinay, aber noch niemals vom Herrn Bundeskanzler Adenauer empfangen worden.“



Vertriebene Saarindustrielle Hermann und Ernst Röchling; Das „Non“ der Familie

Mit der Differenz zwischen dem unterbewerteten Anlagekapital und dem tatsächlichen Vermögen wollen sie offensichtlich den Eindruck erwecken, als hätten sie das Anlagevermögen durch Investitionen beträchtlich vermehrt, so daß auch deshalb ihr Verlangen nach der Mehrheitsbeteiligung durchaus gerechtfertigt sei. In Wirklichkeit sind die wenigen Nachkriegs-Investitionen aus Eigenmitteln der Hütte finanziert worden.

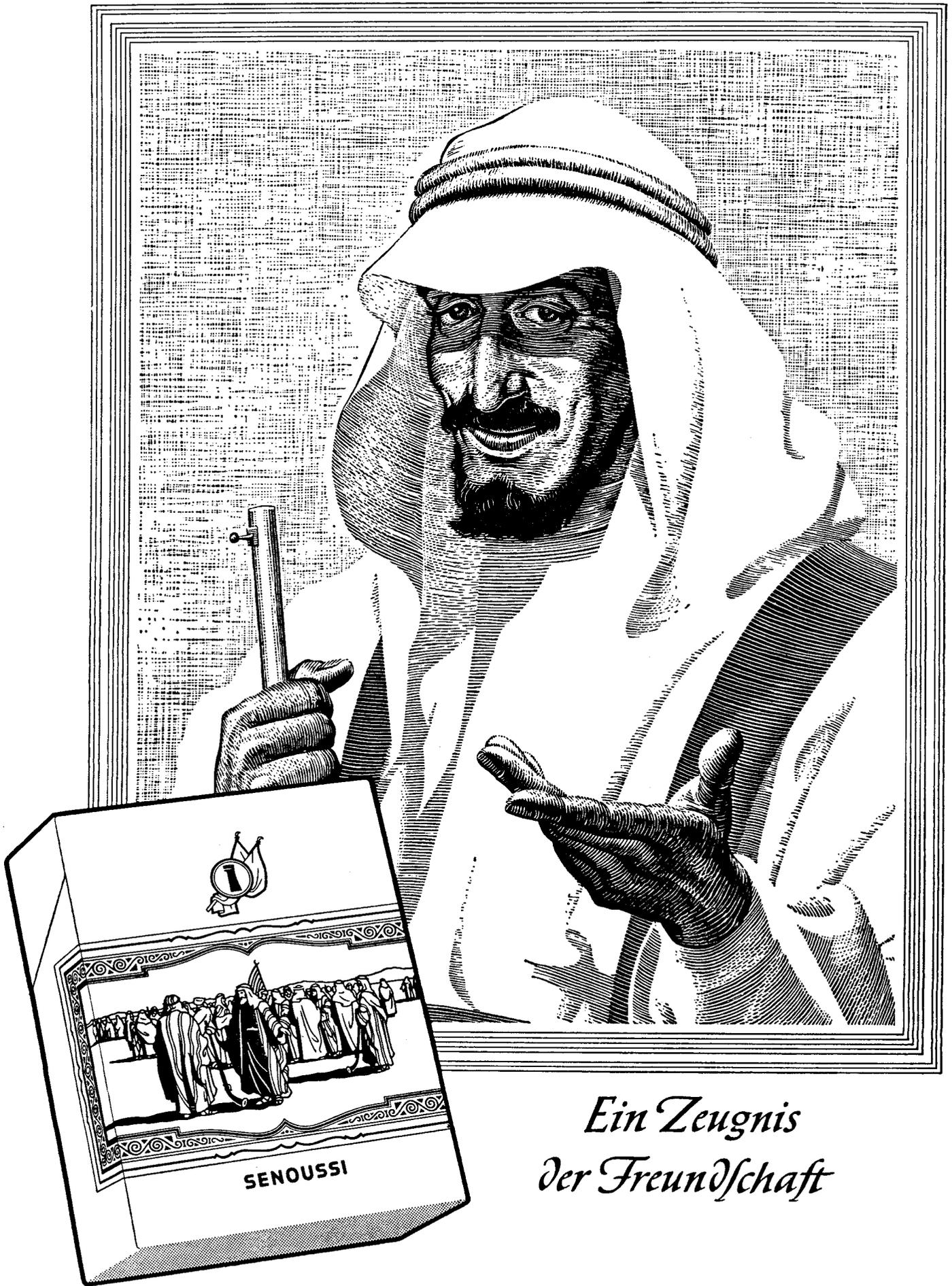
Der Röchlingsche Familienausschuß hat bereits 1952 mit amerikanischen und französischen Interessenten und 1953 wiederum mit einer französischen Industriegruppe verhandelt, um den gordischen Knoten auf eigene Faust aufzuheben. Aber beide Male scheiterten die Gespräche sowohl an der kompromißlosen Forderung der Röchlings nach einer Mehrheitsbeteiligung als auch an der Weigerung der französischen Regierung, die Sequesterverwaltung aufzuheben, solange die Familie Röchling die Majorität der Anteile zu behalten beabsichtige.

Nicht viel anders war es 1954, als die Schweizerische Creditanstalt in Zürich den Röchlings im Auftrag einer Gruppe fran-

„Ich werde nie eine französische Mehrheit in Völklingen zulassen, davon können Sie jederzeit Gebrauch machen.“

Johannes Hoffmann hatte sich nämlich schon ein Jahr zuvor von Völklingens Bürgermeister Trezn, seinem Parteifreund, sagen lassen müssen, daß es um seine Christliche Volkspartei mit Gewißheit schlecht bestellt sein werde, wenn er bei der Verewigung des französischen Regiments in Völklingen Hilfestellung leisten würde. Am 24. Oktober hatte Kanzler Adenauer schließlich den Brief des Mendès-France, nach dem der Sequester noch vor der Saarabstimmung aufgehoben würde, aus Paris mit nach Hause gebracht.

Diesen Brief, der den Röchlings auf den ersten Blick eine baldige Rückkehr nach Völklingen in Aussicht stellte, betrachtete die Industriellen-Familie allerdings von Anfang an mit einiger Skepsis, seitdem sie wußte, daß im französischen Text des Schreibens von „Sequester liquidieren“, nicht aber von „Sequester aufheben“ die Rede war. Im Bundeswirtschaftsministerium verabreichte Staatssekretär Westrick den Röchlings jedoch Beruhigungspillen: „Klarer geht es doch nicht, wie es da drin steht!“



*Ein Zeugnis  
der Freundschaft*

## Absolut saubere Haltung

Ein großer verschlossener Umschlag wurde durch einen Boten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung bei der Drucksachenstelle des Deutschen Bundestages abgegeben. Man öffnete den Umschlag, und in ihm fanden sich kleinere Kuverts, auf denen zwar die Adressen einiger Bonner Journalisten, nicht aber irgendwelche Absenderangaben zu sehen waren. Die Kuverts wurden auf die Pressefächer verteilt.

Empfänger, die jene anonymen Sendungen öffneten, entdeckten auf dem Inhalt zunächst einen roten Stempel: „Vertraulich!“. Bei näherem Zusehen entpuppten sich die so gekennzeichneten Schriftstücke als hektographierte Protokolle einer Besprechung. Sie begannen mit den Worten:

„Am 17. März 1955 fand in Düsseldorf eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Karl Arnold, Verleger Lambert Lensing (Dortmund), Oberstadtdirektor Dr. Walter Hensel (Düsseldorf) und Stadtdochant Rath (Dortmund) statt, in der Fragen behandelt wurden, die im Zusammenhang mit der Kandidatur Forschbachs zum Bundespressechef in letzter Zeit vielfach Gegenstand einer Erörterung waren.“

Diese Erörterungen hatten sich unter anderem an einer Porträtaufnahme entzündet, die auf Seite 400 des Reichstags-handbuches der IX. Wahlperiode zu finden ist (Bild). In diesem Reichstag, der am 12. November 1933 gewählt wurde und nur eine Fraktion kannte, nämlich die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, war jener Edmund („Etti“) Forschbach, 51, der heute stellvertretender Bundespressechef ist, Abgeordneter. Im Reichstagshandbuch ist er in schmucker SA-Uniform abgebildet zwischen den Abgeordneten Gauleiter Florian, Düsseldorf, und Gauleiter Forster, München.

### Reisen in die Vergangenheit

Seit dem Tag, da Bundespressechef Felix von Eckardt zum Bonner Botschafter bei den Vereinten Nationen designiert worden ist, datiert die Kandidatur seines Stellvertreters Forschbach für den Bonner Eckardt-Posten. Seit jenem Tag wird gegen Edmund Forschbach aus dem Hinterhalt geschossen.

Plötzlich wurden ausländische Korrespondenten, Bundestagsabgeordnete und deutsche Nachrichtenhändler mit Material überschwemmt, daß Forschbach

▷ kein Widerstandskämpfer, sondern „Nazi“ gewesen sei und

▷ den CV — den „Cartellverband der (farbentragenden) Katholisch-Deutschen Studenten-Verbindungen“ — gleichgeschaltet habe.

Der erste Vorwurf stammt von altbraunen Lobbyisten (Forschbach: „Entnazifizierungsgeschädigten“). Denn es gehört zu den Mysterien der deutschen Innenpolitik, daß ehemalige Nationalsozialisten ihre Gegner mit Vorliebe und aufrichtiger Entrüstung nationalsozialistischer Gesinnung bezichtigten.

Der zweite Vorwurf rührt von katholischer Seite her (Forschbach: „Das ist ja kein Geheimnis“), denn dort hat man Forschbach bis heute nicht den Kampf vergessen, den er, der Katholik, in der Weimarer Republik als Mitglied von Alfred Hugenbergs Deutschnationaler Volkspartei im Rheinland gegen das Zentrum führte.

Angesichts so viel massiver Kritik von Braun und Schwarz beriefen Forschbachs

Freunde jene Düsseldorfer Konferenz zusammen, deren vertrauliches Protokoll auf ominöse Weise in den Pressefächern des Bundestages landete.

Was nun Forschbachs Freunde in ihrem Konferenzprotokoll feststellten, war im Grunde gar nichts Neues und schon 1946 Gegenstand eines gründlichen Entnazifizierungsverfahrens gewesen. Das Verfahren hatte mit der Einstufung Forschbachs in Gruppe V geendet. Ausschuß-Vorsitzender: Christian Fette, der später Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde.

Der 1903 in Dortmund geborene und 1932 eben dort als Rechtsanwalt beim Amts-



SA-Mann Forschbach, MdR (1933)  
Wie Katholiken sich tarnen mußten...

und Landgericht zugelassene Edmund Forschbach hatte seit seiner Studienzeit Kontakte mit Jung-Nationalen, mit denen er 1931 anlässlich des Harzburger Treffens von Deutschnationalen und NSDAP eine „Frontbildung gegen die NSDAP von rechts“ versuchte.

Im nächsten Jahr, 1932, wurde Forschbach deutschnationaler Abgeordneter im Preußischen Landtag, und über den März 1933 berichtet er selbst stolz: „Die Abgeordneten Josef Joos und Hermann Joseph Schmitt vom Zentrum, Ritter von Lex und Otto Graf von der Bayerischen Volkspartei trafen sich mit Edgar J. Jung, Rudolf Pechel und mir zu Beratungen über Möglichkeiten, die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu verhindern“. Dieser erste Kontakt, der schon im März 1933 von der jungen Rechten zum Zentrum

\* Ritter von Lex: heute Staatssekretär im Bundesinnenministerium; Edgar J. Jung: wurde beim Röhm-Putsch 1934 umgebracht, hatte kurz davor Franz von Papens Marburger Rede gegen den Hitler-Staat (Juni 1934) verfaßt, war seit 1932 Papens Berater; Rudolf Pechel: heute Herausgeber der „Deutschen Rundschau“.

und damit zur christlichen Arbeiterschaft hergestellt wurde, bestimmte die kommende Zeit entscheidend.“

Es findet sich allerdings in keiner anderen deutschen Geschichtsquelle ein Hinweis darauf, daß diese Begegnung irgendeine Zeit „entscheidend“ bestimmt habe.

Über Forschbachs Einzug im November 1933 in den ersten rein nationalsozialistischen Reichstag berichtet das Düsseldorfer Freundesprotokoll folgende durch Zeugenaussage verbürgte Version: „Hindenburg wünscht, daß die Einheitsliste mindestens zwischen 60 und 80 Persönlichkeiten aufweist, die nicht Mitglieder der NSDAP sind. Er übermittelt diesen Wunsch an Papen, der Dr. von Bose beauftragt, eine solche Liste aufzustellen.“

„Diese Liste enthält unter anderen folgende Namen: Severing, Stegerwald, Dr. Schauff, Hackelsberger, Stadler, Forschbach. Auf dem Wege über Innenminister Frick und die Kanzlei des Führers wird die weitaus überwiegende Zahl aller Namen ausgestrichen. Es bleiben nur wenige, meist politisch nicht besonders hervorgetretene Namen übrig, darunter der von F.“

Dazu Forschbach: „Ich nahm... den Reichstagsitz an. Wenn dies auch rückschauend als ein Fehler angesehen werden mag, bekenne ich doch, daß ich damals unter dem Einfluß einer so bedeutenden antihitlerischen Persönlichkeit gehandelt habe, wie Edgar J. Jung es war. Er wollte mit den gleichen Methoden, die Hitler zur Macht gebracht hatten, ihn aus der Macht herausbringen.“

### Der allein mögliche Stil

Diese enge Verbindung zu Edgar Jung sollte Edmund Forschbach beinahe zum Verhängnis werden. Nach Papens Marburger Rede wurde Jung verhaftet, und Forschbach, dem Jung die Rede schon vier Tage vor Veröffentlichung in einem Lokal am Berliner Kurfürstendamm gezeigt hatte, hielt es für angebracht, Fersengeld zu geben. Er hielt sich zunächst im „Herz-Jesu Kloster in Nettersheim in der Eifel“ auf, wo ihn die Nachricht von seinem Ausschluß aus dem Reichstag erreichte. Bei Vaals ging er wenig später über die belgische Grenze und „fand zunächst Aufnahme im St.-Ignatius-Kolleg Valkenburg (Süd-Limburg)“.

Diese Hilfsbereitschaft der katholischen Kirche war um so bemerkenswerter, da Forschbach gleichzeitig mit seinem parlamentarischen Aufstieg und Niedergang seine Rolle im CV gespielt hatte.

Diesen Punkt konnte selbst das Düsseldorfer Freundesprotokoll nicht übersehen. Wörtlich heißt es dort dazu: „F. war Verbandsführer vom Juli 1933 bis März 1934, hat sich in dieser Eigenschaft in mehrfachen Reden sehr betont zu christlichen Grundsätzen bekannt. Selbstverständlich waren diese Reden in einem Stil gehalten, der in der damaligen Zeit allein möglich war.“

Trotz Forschbachs stilvoller Reden geriet der CV alsbald in Bedrängnis. Um nicht aufgelöst zu werden, mußte er sich entweder in die „Deutsche Studentenschaft“ eingliedern oder der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“, einer reinen NS-Organisation, unterstellen. Forschbach überführte den Cartellverband in die „Deutsche Studentenschaft“. Damit war der CV praktisch gleichgeschaltet.

Um sich aber von jedem Verdacht antinationalsozialistischer Gesinnung zu befreien, tat Edmund Forschbach damals noch ein übriges:

„Auf Anraten einiger Alter Herren des CV trat ich im August 1933, um dem Vor-